

Finanzmarktkrise: das Ende der sozialen Marktwirtschaft?

Moralisieren hilft hier wenig. Nötig ist eine neue Finanzmarktarchitektur, die die nationalen und internationalen Finanzmärkte strengen Regeln und Kontrollen unterzieht.

Gerhard Kruij

DIE FINANZMARKTKRISE hat einen dramatischen wirtschaftlichen Einbruch zur Folge, der nicht nur hohe Arbeitslosigkeit in den meisten reichen Ländern, sondern teilweise größere Probleme in ärmeren Ländern hervorgerufen hat. Manche sprechen von einer drohenden „Deglobalisierung“, durch die die Entwicklungen, die den Armen große Chancen geboten hatten, zurückgenommen werden. Weltweite Entsolidarisierung, Ent-

flechtung von Wirtschaftsbeziehungen, zurückkehrender Protektionismus und Exklusionen ganzer Regionen könnten die Folgen sein, zum Nachteil auch des Friedens und der Schöpfung. Krisen können jedoch dazu beitragen, sich grundlegender Einsichten wieder zu vergewissern.

Dazu ist zuerst an die eigentlich selbstverständliche Einsicht zu erinnern, wofür Wirtschaft und Finanzmärkte denn eigentlich da sind. Nämlich für den Men-

schen! Für alle Menschen! Wenn es aber so aussieht, als regierte das Geld die Welt, als hätten sich die Menschen der Wirtschaft unterzuordnen, dann handelt es sich um eine Perversion, der wir uns entgegenstellen müssen. Schon Karl Marx hat in seinem berühmten Kapitel „Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“ im ersten Band von „Das Kapital“ dies meisterhaft beschrieben: Den Menschen erscheinen die Bewegungen des Geldes, das Preisverhältnis, die Kapitalmärkte nicht als Produkte ihres eigenen Denkens und Handelns, sondern sie besitzen für sie „die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren“¹. Die Folge ist eine Umkehrung der eigentlichen Verhältnisse, denn durch die Vergötzung der Warenbeziehung erscheinen die über den Warentausch auf dem Markt vermittelten Beziehungen „als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“². Dass in einer solchen Umkehrung der Verhältnisse ein Widerspruch zur katholischen Soziallehre liegt, hat besonders Johannes Paul II. in „Laborem exercens“ deutlich gemacht.

Marktwirtschaft pur ist sozial-ethisch nicht zu rechtfertigen

Aber lässt sich mit Hilfe freier Märkte eine Wirtschaft überhaupt so organisieren, dass sie für den Menschen da sein kann – oder bedeutet Marktwirtschaft zwangsläufig Entfremdung, Ungerechtigkeit, Unterordnung des Menschen unter einen anonymen Marktprozess, Herrschaft des Kapitals über den Menschen? Es waren vor allem die Väter der „sozialen Marktwirtschaft“, überwiegend katholische und evangelische Christen, die über dieses Problem nachgedacht haben.³ Ihre Einsicht war: „Marktwirtschaft pur“ lässt sich

sozialethisch nicht rechtfertigen. Sie lehnten einen reinen Liberalismus ab.

Die Väter der sozialen Marktwirtschaft haben die Vorteile freier Märkte sehr wohl gesehen: Freie Märkte räumen den Einzelnen Freiheit und Eigeninitiative ein. Sie nutzen den Motor des Eigeninteresses der Einzelnen, die dadurch stärker motiviert sind, sich anzustrengen und neue Ideen hervorzubringen. Freie Märkte leisten einen besseren Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Sie können dezentral die notwendigen Koordinationsleistungen der wirtschaftlichen Akteure besser hervorbringen als große Bürokratien in Zentralverwaltungswirtschaften. Sie sind effizienter und können auf neue Herausforderungen flexibler reagieren. Aber sie haben auch gravierende Nachteile: Der freie Wettbewerb steht in der Gefahr, sich selbst aufzuheben, wenn sich kartellartige Strukturen herausbilden. Wer „marktpassiv“ ist, wer am Markt nichts anzubieten hat, weder Waren noch seine Arbeitskraft, kann allein über den Markt sein Überleben nicht sicherstellen. Öffentliche Güter können über eigeninteressierte Aktivitäten von Marktteilnehmern prinzipiell nicht oder nicht in ausreichendem Maß bereitgestellt werden. Außerdem kann der Marktmechanismus nur wirklich funktionieren, wenn Unternehmen auch bankrott gehen können, weil sonst nichts Neues entsteht und kein Fortschritt möglich ist. Dieser Prozess „kreativer Zerstörung“ (Joseph Schumpeter) bringt aber für die einzelnen Marktteilnehmer Risiken mit sich, vor denen sie sich nicht selbst schützen können.

Der freie Markt braucht eine Rahmenordnung

Die Grundidee sozialer Marktwirtschaft besteht nun darin, durch eine geeignete Rahmenordnung den Markt so zu steuern

und seine Risiken abzufedern, dass die genannten Nachteile ausgeglichen werden, die genannten Vorteile aber trotzdem zur Wirkung kommen können. Der freie Markt braucht eine Rahmenordnung, damit er überhaupt funktionieren kann, also beispielsweise Rechtssicherheit und eine Kartellbehörde. Der Staat muss im notwendigen Umfang öffentliche Güter bereitstellen, beispielsweise öffentliche Sicherheit, saubere Umwelt und Bildung. Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut müssen so abgefedert werden, dass den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben, gesellschaftliche Beteiligung und ein schneller Wiedereinstieg ins Arbeitsleben möglich wird. Schließlich gehört zur sozialen Marktwirtschaft auch eine antizyklische Wirtschaftspolitik, die in schweren Krisen die Konjunktur durch geeignete Maßnahmen ankurbelt, aber in Wachstumsperioden auch die Voraussetzungen dafür schafft, dass in Schwächephasen wieder Mittel zur Konjunkturbelebung zur Verfügung stehen, beispielsweise durch konsequenten Abbau der Staatsverschuldung.

Auch in der derzeitigen Finanzmarktkrise gilt deshalb: Das Modell einer sozialen Marktwirtschaft entspricht am ehesten sowohl den sozialetischen Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit als auch den Eigengesetzlichkeiten des Wirtschaftens. Auch die Maßnahmen zur Krisenbewältigung selbst dürfen die Ordnungspolitik nicht außer Acht lassen; vielmehr liegt in der Krise eine mögliche Chance auch zu ordnungspolitischer Rückbesinnung.

Die Vorteile freier Märkte kommen nur zur Geltung, wenn die Marktteilnehmer sich tatsächlich vorrangig entsprechend ihren wirtschaftlichen Eigeninteressen verhalten. Wenn wir das Marktgeschehen

als ein Spiel auffassen, können wir dies auch so ausdrücken: Im Spiel ist es vollkommen legitim, an sich zu denken und gewinnen zu wollen. Und nur dann funktioniert das Spiel auch richtig. Die einzelnen Spielzüge müssen von Moral entlastet sein. Sie folgen dem Gewinninteresse. Aber die Spielregeln müssen fair und ihre Einhaltung muss garantiert sein. Sie müssen sicherstellen, dass das Gesamtergebnis des Marktgeschehens, innerhalb dessen alle ihre eigenen Interessen verfolgen, der Gerechtigkeit, dem sozialen Ausgleich, dem Frieden, der Bewahrung der Schöpfung entspricht. Trotzdem kann man nicht sagen, die Moral liege nur in den Spielregeln. Die Vorstellung, durch passende Anreizstrukturen allein ließe sich das Handeln der Einzelnen in ausreichender Weise steuern, so dass ein sozialetisch gewünschtes Ergebnis herauskommt, ist so naiv wie mechanistisch.

Es gibt immer Lücken

Die Spielregeln sind nämlich erstens in ihrer Regelungswirkung nie so dicht, dass es nicht noch Handlungsspielräume für individuelle Entscheidungen unter ethischer Rücksicht gäbe. Zudem brauchen zweitens Spielregeln die Bereitschaft der Individuen, sie auch einzuhalten. Meistens ist es nicht möglich, Sanktionsmechanismen und Kontrollen so zu gestalten, dass es gar keine Umgehungsmöglichkeiten mehr gibt. Drittens braucht es aber auch Individuen, die moralisch problematische Auswirkungen von Spielregeln als solche identifizieren, Alternativen entwickeln und bereit sind, sich für eine Veränderung von Spielregeln einzusetzen. Vor allem Letzteres setzt eine hohe moralische Sensibilität voraus und den moralischen Willen, möglicherweise auch unter In-

kaufnahme von Nachteilen, für eine Verbesserung der Regeln einzutreten. Diese moralische Sensibilität der Akteure muss sozusagen alle ihre Spielzüge begleiten.

Moralisierung hilft nicht weiter

Wie sind nun diese sehr allgemeinen Überlegungen auf die aktuelle Finanzmarktkrise anzuwenden? In der Aufarbeitung der Krise hilft eine überzogene Moralisation nicht weiter, zum Beispiel der Vorwurf grenzenloser „Gier“ als alles erklärende Ursache der Krise. Sicher hat es auch moralisches Versagen Einzelner gegeben, bis hin zu kriminellem Handeln, aber selbst dieses ist ja noch durch unkluge Regelsetzungen befördert worden. Meines Erachtens gab es vor allem ein Versagen der staatlichen Institutionen und der Politik. Diese haben es hingegenommen, dass manche Regeln sehr ungünstige Effekte hatten, dass die Einhaltung von Regeln nicht ausreichend kontrolliert wurde (zum Beispiel hinsichtlich der Auslagerung gewisser Risiken aus den Bilanzen) oder dass man die Regelsetzungen zu wenig international koordiniert hat und regelfreie Räume (Offshore-Zentren, umgangssprachlich Steueroasen) nicht konsequent verboten hat.

Wir brauchen dringend eine neue, umfassende, globale Finanzmarktarchitektur, die so weit als möglich verhindert, dass es künftig wieder zu solchen Krisen kommt. Ein gewisses Auf und Ab wird es in offenen Marktprozessen immer geben. Das ist unvermeidbar. Offenbar neigen Finanzmärkte aber durch Herdenverhalten und kumulative Effekte zu extremen Übertreibungen, sowohl in Boom-Phasen wie aber auch in den Phasen der Zusammenbrüche. Stabilisierende Gegenkräfte, wie sie in anderen Märkten eher greifen, funktionieren hier offenbar nicht oder nicht früh genug.

Wir brauchen eine globale Finanzmarktarchitektur

Die neue Finanzmarktarchitektur muss alle Akteure auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten klaren und verbindlichen Regeln unterwerfen. Weiße Flecken auf der Landkarte der Regulierung darf es nicht mehr geben. Insbesondere müssen die Offshore-Finanzplätze auf dem Hoheitsgebiet westlicher Industriestaaten geschlossen oder in die allgemeinen Regulierungen einbezogen werden. Alle Risiken müssen in den Bilanzen auftauchen. Zugleich müssen die Bilanzierungsregeln so ausgestaltet werden, dass es durch sie nicht zu krisenverstärkenden Effekten kommt. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass die geltenden Regulierungen durch neue Finanzmarktprodukte nicht immer wieder umgangen werden.

Was richtig ist, ergibt sich immer erst durch einen moralischen Syllogismus (logischer Schluss), in den sowohl Tatsachenanalysen und Folgenabschätzungen wie moralische Normen eingehen. Deshalb ergeben sich konkrete Forderungen nie allein aus sozialetischen Maximen, sondern immer nur zusammen mit den Ergebnissen ökonomischer Expertise.

Ein großes Gerechtigkeitsproblem besteht darin, dass in Boom-Phasen Gewinne in unvorstellbarem Umfang privat angeeignet werden, dass aber in Krisenphasen Verluste zu einem erheblichen Teil sozialisiert werden, um Schlimmeres zu vermeiden. Das liegt daran, dass man bestimmte Banken, die für das Finanzsystem insgesamt von großer Bedeutung sind, nicht bankrott gehen lassen kann. Sie sind „too big to fail“. Das ist ungerecht, aber in einer Güterabwägung zwischen einer solchen Ungerechtigkeit und einem drohenden Zusammenbruch des Systems insgesamt trotzdem sinnvoll. Zwischen den privat

angeeigneten Gewinnen und der Haftung der Verantwortlichen für Schäden, die sie anrichten, besteht aber ein ungeheures Missverhältnis. In guten Zeiten können die Akteure auf den Finanzmärkten sehr viel verdienen. In schlechten Zeiten verlieren sie jedoch höchstens ihren Arbeitsplatz. Mit ihrem Vermögen, das sie als Kenner der Prozesse meist besser erhalten können als andere, müssen sie in der Regel nicht haften. Nur wenn es gelingt, für dieses Problem langfristig tragfähige Lösungen zu finden, wird es möglich sein, einer heute insgesamt eher marktskeptischen Bevölkerung gegenüber freie Finanzmärkte noch zu rechtfertigen.

Für eine neue Finanzarchitektur zu sorgen ist vor allem Aufgabe des Staates. Dazu brauchen wir auch einen starken Staat. Aber ich warne davor, dem Staat zu viel zuzutrauen, vor allem wenn er sich anmaßen sollte, Banken besser führen zu können als Private. Dass gerade staatliche Banken von der Krise so stark betroffen worden sind, sollte uns zu denken geben. Aber eine neue Finanzmarktarchitektur ist nicht nur Aufgabe der Politik. In der derzeitigen Situation müssen gerade die Akteure aus den von der Krise besonders betroffenen Bereichen, also gerade auch die Manager von Banken, ihre Erfahrungen einbringen. Viele Regelungen werden ja auch gar nicht vom Staat gesetzt, sondern von der Finanzwirtschaft selbst. Dies trifft beispielsweise für die Vergütungsregelungen zu, die nachweislich kurzfristiges und unverantwortliches Handeln begünstigt haben.

Staatsverschuldung macht hier Sinn

In der derzeitigen Situation ist vieles unklar; eine Einschätzung der Lage fällt schwer. Es muss also unter großer Unsicherheit gehandelt werden, zugleich

unter großem Zeitdruck, und es treten Zielkonflikte auf, die komplizierte „Güterabwägungen“ verlangen. In einer solchen Lage ist es schwer bis unmöglich, aus allgemeinen sozialethischen Grundsätzen konkrete Orientierungen abzuleiten. Das ist auch in der moralischen Beurteilung der Verantwortlichen und ihres Handelns zu berücksichtigen.

Insgesamt scheinen mir die ergriffenen Maßnahmen durchaus vertretbar zu sein, auch wenn im Detail sicherlich auch anderes vorstellbar ist. Es gibt Konflikte zwischen kurzfristig notwendigen Zielen und langfristigen Effekten. Beispielsweise muss um einer jetzt notwendigen konjunkturellen Stabilisierung willen eine langfristig wirksame Staatsverschuldung in Kauf genommen werden, weil der Verzicht auf konjunkturstützende Maßnahmen oder massive Ausgabenkürzungen an anderer Stelle eine Verschärfung der Rezession zur Folge hätte. Diese würde besonders die Ärmere stark schädigen. Der wirtschaftliche Niedergang würde die Steuereinnahmen so stark einbrechen lassen, dass die Probleme für den Staatshaushalt noch größer würden. Zu fordern bleibt jedoch – und da ist eine gewisse Skepsis gegenüber der Politik verständlich –, dass bei einem Aufschwung die Staatsausgaben auch wieder konsequent zurückgefahren und die Staatsverschuldung abgebaut werden.

Soziallehre schließt Enteignungen nicht aus

Es gibt sicherlich Konflikte zwischen heute notwendigen staatlichen Interventionen und ordnungspolitischen Prinzipien. Beispielsweise sind Enteignungen unter Umständen sinnvoll, damit öffentliche Gelder auch wirklich im Sinne der mit ihnen verfolgten Ziele eingesetzt werden

können. Auch die katholische Soziallehre schließt Enteignungen nicht prinzipiell aus. Aber sie entsprechen nicht dem ordnungspolitischen Grundkonzept einer sozialen Marktwirtschaft und sollten eine klar definierte Ausnahme bleiben.

Anders als im Falle wichtiger Banken halte ich Rettungsmaßnahmen für angeschlagene Unternehmen für sehr problematisch. Möglicherweise ist es langfristig besser, Unternehmen, die jetzt in der Krise straucheln, nicht gegen den Markt zu stützen, dabei viel Geld einzusetzen und sie dann doch nicht retten zu können. Der erwähnte Prozess „kreativer Zerstörung“ darf nicht gänzlich gestoppt werden. Es ist meist kostengünstiger und nachhaltiger, nicht in zugrunde gehende Unternehmen zu investieren, sondern in die arbeitslos werdenden Menschen, damit sie bald wieder einen neuen Job finden.

Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur sollten immer zugleich und möglichst zielgenau über die bloße Konjunkturbelebung hinaus sinnvolle Ergebnisse zeitigen. So sind Investitionen in Bildung, in eine verbesserte Infrastruktur, in Energieeinsparung und erneuerbare Energien anderen Maßnahmen ohne solche Effekte vorzuziehen. Die derzeitige Ausnahmesituation rechtfertigt auch außergewöhnliche Maßnahmen. Trotzdem setzt die Krise aber nicht allgemeine sozialetische und ordnungspolitische Prinzipien außer Kraft. Diese sollten bei allen Maßnahmen im Blick bleiben. Die Krisenbewältigung braucht einen langfristigen Horizont.

Die Perspektive über die Grenze der jeweils eigenen Volkswirtschaft und des Eigeninteresses der Staaten hinaus, also das Gemeinwohl der gesamten Menschheitsfamilie, darf nicht außer Acht gelassen werden. Bei allen Maßnahmen muss berücksichtigt werden, wie sie sich auf die

Wirtschaften der armen Länder auswirken. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen bei der Erarbeitung entsprechender Konzepte beteiligt werden. Es darf auch keine Zunahme des Protektionismus geben. Wir müssen unsere Märkte für Waren aus ärmeren Ländern sogar weiter öffnen. Der Kampf zur Verwirklichung der Millennium Development Goals darf auch in der Krise nicht aufgegeben werden. Auch darf steigende Arbeitslosigkeit nicht zu mehr Fremdenfeindlichkeit führen. Die Kapitalflucht aus Entwicklungsländern muss dadurch eingedämmt werden, dass das Bankgeheimnis für Fälle von Steuerflucht überall aufgehoben wird. Die Kirchen können dazu beitragen, dass Politik möglich gemacht wird – wie es im Gemeinsamen Wort der Kirchen 1997 hieß. Dabei kann ihre Aufgabe auch darin bestehen, zu einer sachlichen Debatte aufzurufen und nicht noch zusätzlich Öl in das Feuer auflodernder, aber unsachgemäßer moralischer Empörung zu gießen.

Anmerkungen

1. MARX, Karl: *Das Kapital*. Berlin : Dietz, 1984 (Bd.1, MEW 23), S. 89.
2. *Ebd.*, S. 87.
3. Vgl. hierzu KRUIP, Gerhard: *In der Legitimationskrise : Neue Aufgaben für die Soziale Marktwirtschaft*. In: *Herder Korrespondenz*, Jg. 62 (2008), H. 10, S. 498–502.

Prof. Dr. Gerhard KruiP

Lehrstuhl für Christliche Anthropologie und Sozialetik, Universität Mainz
E-Mail: kruiP@uni-mainz.de